



<b>Thema:</b>	Prüfauftrag Ganztagschule
<b>Antragsteller:</b>	<b>SPD-Fraktion</b>
<b>Antrag:</b>	<p>Der Verbandsgemeinderat beauftragt die Verwaltung, für die Grundschulen und die Regionale Schule zu prüfen, ob der Bedarf für die Einrichtung einer Ganztagschule besteht.</p> <p>Die Prüfung soll sich beziehen auf:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>■ Bedarfsanalyse mit Feststellung der Akzeptanz bei Schülern, Eltern, Schule und Lehrern</li><li>■ Bereitschaft der jeweiligen Schule zur Erstellung eines tragfähigen Konzeptes</li><li>■ Finanzielle Auswirkungen</li></ul> <p>Sollten die Erhebungen und Analysen der Verwaltung an einer der VG-getragenen Schulen einen nachhaltigen Bedarf für ein Ganztagsangebot sowie Zustimmung der Betroffenen ergeben, so spricht sich der VG-Rat grundsätzlich dafür aus, die Einführung zu betreiben, behält sich allerdings – vor der endgültigen Entscheidung – die Prüfung des Einzelfalles vor.</p>
<b>Begründung:</b>	<ol style="list-style-type: none"><li>1. In der Sitzung des Verbandsgemeinderates am 11.9.2002 wies bereits Herr Bürgermeister Schwan darauf hin, dass die Einführung von Ganztagsangeboten ein Thema seiner angebrochenen Amtszeit sein werde.</li><li>2. Der Sprecher der SPD erklärte in seinem Beitrag zum Antrag der CDU-Fraktion zum Thema Schulsozialarbeit, dass auch die Einführung von Ganztagsangeboten in diesem Zusammenhang zu prüfen sei. Der Beschluss zu diesem Thema war dahingehend, dass die von den Rednern der Fraktion genannten Punkte in die Analyse der Verwaltung mit einfließen sollten.</li><li>3. Im Protokoll der Sitzung des VG-Rates vom 11.9.2002 ist von einer Bedarfserhebung für Ganztagsangebote keine Rede. Dies holt der vorliegende Antrag nach.</li><li>4. Ein solch wichtiges Thema sollte über eine eigene politische Grundlage durch einen Beschluss des Verbandsgemeinderates verfügen. Der Rat sollte der Verwaltung zu diesem Thema einen klaren Auftrag erteilen.</li><li>5. In Rheinland-Pfalz werden erhebliche Anstrengungen unternommen, flächendeckend Ganztagsangebote an den verschiedenen Schularten anzubieten. Die Bildungs-, Familien-, Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik des Bundes unterstützt diese Vorhaben der Länder.</li><li>6. Bildungspolitisch eröffnet der Ausbau von Ganztagschulen neue Möglichkeiten für ein intensiveres Lernen und Leben in den Schulen.</li></ol>



Leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler können gezielt unterstützt, besonders Begabte ergänzend gefördert werden. Die Integration ausländischer Schülerinnen und Schüler kann verstärkt werden. Schulische Schwerpunkte ( z. B. im künstlerischen Bereich) können ausgebaut werden. Bei der Umsetzung sollen die Schulen in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden.

7. Der Ausbau des schulischen Ganztagsangebots leistet einen besonderen Beitrag, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Besonders den immer zahlreicher werdenden allein erziehenden und berufstätigen Frauen und Männern wird die ganztägige Betreuung ihrer Kinder bei der Bewältigung ihrer Doppelrolle Unterstützung leisten.
8. Diese Aspekte sind von etlichen Schulen und ihren Trägern – auch im Kreis Altenkirchen – erkannt worden. Ganztagsangebote, z.B. in Betzdorf, Altenkirchen und Hamm sind entstanden oder in der Entstehung. An der Hauptschule in Wissen gab es im Wege eines Modellversuches bereits vor Einführung des Angebotes durch das Land ein Ganztagsangebot. In unserer Nachbargemeinde Daaden scheinen die politischen und schulischen Weichen ebenfalls gestellt.
9. In einer ländlichen Struktur wie im Gebhardshainer Land, weitestgehend noch geprägt durch intakte Familienstrukturen, mag der Bedarf für ein Ganztagsangebot in der erforderlichen Quantität erst mit einigem Verzug entstehen. Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, den Bedarf frühzeitig zu erkennen und zusammen mit den Schulen die Vorbereitungen zu treffen.
10. Nach Überzeugung der Antragsteller entwickelt sich die Ganztagschule auch zu einem Kriterium für Wohn- und Lebensqualität, das für junge Familien entscheidend für die Wahl des Wohnortes sein kann. Auch vor diesem Hintergrund der Standortkonkurrenz ist eine rechtzeitige Vorbereitung angesagt.

**Finanzierung:** Der Prüfauftrag wird im Rahmen von finanziertem Verwaltungshandeln erledigt. Mit evtl. erforderlichen Kosten verursachenden Untersuchungen sollten der Schulträger- und der Haupt- und Finanzausschuss befasst werden.

Gebhardshain, den 4.11.2002